# Gartenschau steht in den Startlöchern

**Hessen:** Fulda stellt Fläche von 42 Hektar bereit

Von dpa-Mitarbeiter
**MICHAEL BAUER**

**FULDA.** Rund eine Woche vor der offiziellen Eröffnung der Landesgartenschau (LGS) in Fulda sind auf dem weitläufigen Gelände viele fleißige Helferinnen und Helfer unterwegs, um letzte Arbeiten zu erledigen. »Das Allermeiste ist geschafft. Wir werden pünktlich zur Eröffnung eine fertige Gartenschau präsentieren können«, sagte LGS-Geschäftsführer Marcus Schlag am Mittwoch in Fulda. »Es wird bis zum Schluss gewerkelt.« Das sei bei derartigen Großveranstaltungen nun einmal so üblich. Mit einer Fläche von 42 Hektar werde Fulda 2023 die bisher größte Landesgartenschau Hessens, fügte Schlag hinzu.

### Erneut Gastgeber

Die Domstadt ist die erste Gastgeberin, die bereits zum zweiten Mal eine hessische Landesgartenschau ausrichtet. »Das macht eine Stadt nur, wenn sie gute Erinnerungen hat«, betonte Stadtbaurat Daniel Schreiber. Die Landesgartenschau 1994 habe wertvolle Beiträge für das Leben in der Stadt gebracht, von denen Fulda heute noch profitiere. »Es ist die schönste Art, eine Stadt aus der Fläche heraus zu entwickeln.«

### Eröffnung am 27. April

Eröffnet wird die Landesgartenschau am 27. April. Bis zum 8. Oktober können Besucherinnen und Besucher 4000 Quadratmeter Beete mit jahreszeitlich wechselnden Pflanzen in vier Geländeteilen erleben, darunter den Wasser- und den Genussgarten sowie den Kultur- und den Sonnengarten.

# Hessen verlost 1800 Interrail-Tickets

**FRANKFURT.** Die hessische Landesregierung verlost wieder Interrail-Tickets. Die Aktion richtet sich an junge Hessinnen und Hessen zwischen 18 und 23 Jahren. Sie können sich bis 18. Juni auf der Webseite www.hessen-rail.de bewerben. Für die 1800 HessenRail-Tickets gibt das Land Hessen nach eigenen Angaben insgesamt 475.200 Euro aus. Im letzten Jahr hatten sich über 5200 junge Menschen an der Verlosung beteiligt.

### Ermunterung für Jugend

»Das Programm möchte junge Menschen dazu ermuntern, Europa auf eigene Faust zu erkunden«, sagte Europaministerin Lucia Puttrich (CDU) zum Auftakt der Verlosung am Mittwoch am Fernbahnhof des Frankfurter Flughafens. Es gehe aber um mehr als nur Reisespaß: »Wir wollen Lust auf Europa machen«, unterstrich die Ministerin. Das Programm solle dazu beitragen, »dass eine Generation begeisterter Europäer heranwächst«. *dpa*

# Polizei entdeckt Waffen

**DARMSTADT.** Bei einer Wohnungsdurchsuchung im Odenwald hat die Polizei mehrere Waffen gefunden. Es habe sich um Stich- sowie Schreckschuss- und Signalwaffen gehandelt, teilte die Polizei in Darmstadt mit. Zudem sei in der Wohnung des 51-Jährigen aus dem Gersprenztal am Montag Munition entdeckt worden. Die Beamten trafen den Mann in einem nicht versicherten Fahrzeug an, außerdem bemerkten sie in dem Haus einen manipulierten Stromzähler. Sie hatten die Wohnung bei Ermittlungen wegen Verstößen gegen das Waffengesetz durchsucht. *dpa*

## Holzdach für Frankfurter Fernbusbahnhof

**FRANKFURT.** Der Bau eines Dachs am Fernbusbahnhof in Frankfurt steht kurz vor der Fertigstellung. Die Arbeiten liefen schneller als gedacht und würden voraussichtlich Ende des Monats abgeschlossen sein, hieß es beim Eigentümer CA Immo. Laut den Angaben umfasst das Dach eine Fläche von gut Tausend Quadratmetern und besteht hauptsächlich aus einer Holzkonstruktion. Lediglich die Unterkonstruktion sowie die Stützen müssten aus brandschutztechnischen Gründen aus Stahl beziehungsweise Beton gefertigt werden. »Die Dachfläche selbst wird begrünt und trägt so zur Verbesserung des örtlichen Mikroklimas bei«, hieß es. Insgesamt werden 10 der 14 Bushalteplätze überdacht.

Betrieben wird das Busterminal vom Unternehmen Flixbus, das einen langfristigen Pachtvertrag mit dem Eigentümer abgeschlossen hat. Der Bahnhof, der sich südlich des Frankfurter Hauptbahnhofs befindet, wird demnach im Durchschnitt von rund 175 Bussen am Tag angesteuert. Mit dem Bau des Dachs sei der Endausbau des Busterminals erreicht, hieß es. So wurden zuvor unter anderem ein Warteraum, öffentliche Toiletten oder ein Kiosk errichtet. CA Immo investierte nach eigenen Angaben einen mittleren einstelliger Millionenbetrag.

*dpa/Foto: Arne Dedert (dpa)*

# »Tante-Emma-Laden für Süchtige«

**Prozess:** Das Verfahren um Drogenhandel aus der Lohrer Psychiatrie wirft auch Fragen auf nach Verantwortung

Von unserem Redakteur
**RALPH BAUER**

**WÜRZBURG.** Ein reger Drogenhandel ausgerechnet dort, wo Menschen von Betäubungsmitteln loskommen sollten. Das Verfahren um die Umtriebe im Bezirkskrankenhaus Lohr (Kreis Main-Spessart) hat für Aufsehen gesorgt. Drei Monate dauerte der Prozess vor dem Landgericht Würzburg, der am Dienstagabend endete. Insgesamt waren fünf Personen angeklagt: S, H, R, Y, und dessen Mutter.

### DIE ANKLAGE

Den Haupttätern S. und H. wirft die Staatsanwaltschaft Würzburg vor, zwischen September 2020 und März 2021 aus dem BKH heraus einen schwunghaften Handel mit Amphetamin, Ecstasy und auch Haschisch aufgebaut zu haben. Mit fünf eingeschmuggelten Handys bestellten sie kiloweise in Holland die Drogen und ließen sie dann liefern an Packstationen und die Privatadresse eines Freundes von R. in Augsburg.

Ab Oktober 2020 beteiligte sich auch der Angeklagte Y. an den Deals, ergaben Auswertungen von Chatprotokollen und Telefonüberwachung. Y. sollte vor allem die Geschäfte in den Bereich Aschaffenburg ausweiten und bezog deshalb seine Mutter mit ein und den Angeklagten H., der sich als Helfer verdingte.

Als Y. wegen des Abbruchs der Therapie im Bezirkskrankenhaus Lohr in die JVA Würzburg verlegt wurde, versuchten sie, auch dort mittels anderer Therapieabbrecher Drogen hineinzuschmuggeln. Das scheiterte. In einem Fall bekam die Polizei Wind von der Sache dank Telefonüberwachung und das rektal eingeführte Amphetamin wurde bei einem Mittäter in der Uniklinik Würzburg entfernt. In einem anderen Fall ging es statt nach Würzburg für einen Abbrecher in die JVA Aschaffenburg.

### DAS URTEIL

Der Haupttäter S. wurde zu acht Jahren Haft verurteilt, der Angeklagte R. zu zehn Jahren. Sieben Jahre und vier Monate muss der Angeklagte Y. ins Gefängnis, H. für vier Jahre. Bei den drei Angeklagten R., S. und Y. stellte das Gericht bandenmäßigen, gewerbsmäßigen Handel mit Betäubungsmitteln in nicht geringer Menge fest. S. und H. werden deshalb in einer Entziehungsanstalt untergebracht. Die Mutter von Y., die ebenfalls angeklagt war, bekam aufgrund von Beihilfe zwei Jahre auf Bewährung. Nach Überzeugung des Gerichtes warb sie Y. an, um in der Region Drogengeschäfte aufzuziehen. Neben den Haftstrafen müssen die Haupttäter die Einnahmen aus den Drogengeschäften zurückzahlen. Bei S. und R. sind dies je rund 23.000 Euro, bei Y. 19.000 Euro. Zudem bleiben sie weiter in Haft.

Hinter den Mauern des Lohrer Bezirkskrankenhaus lief 2020 und 2021 ein schwunghafter Drogenhandel. Foto: Johannes Ungemach

### DIE BEGRÜNDUNG

Der Vorsitzende Richter Konrad Döpfner nannte das Verhalten von S und R »kriminell und sehr sehr bedenklich«. Sie seien beide eigentlich wegen entsprechender Verurteilungen zu einer Entziehungskur auf der gleichen Station im BKH Lohr gewesen. Sie hätten den Handel dann dort aufgebaut, um zum einen den eigenen Drogenkonsum zu finanzieren – beide sind laut Gutachtern immer noch abhängig von Cannabis und Cannabinoiden – aber auch als Geldanlage, um damit Gewinn zu machen.

Obwohl grundsätzlich bei beiden eigentlich keine Erfolgsaussichten bestünden bei einer erneuten Entziehungskur, habe die Kammer diese Chance S. noch einmal eingeräumt. Döpfner lobte bei ihm einen »gewissen Sinneswandel«. Er wolle sein Leben ändern und von der Sucht loskommen. Darum habe er schon zu Beginn des Prozesses »ausgepackt«, die Taten gestanden und auch die Mittäter offen gelegt. Die übrigens alle ebenfalls gestanden und den Prozess verkürzten. R. dagegen habe erst am letzten Tag ein Teilgeständnis abgelegt.

### DIE VERANTWORTUNG

Döpfner ging nach neun Verhandlungstagen in seiner Urteilsbegründung auch auf mögliches Mitverschulden der Verantwortlichen in Lohr ein. Dieses sah er jedoch nicht. Gerade bei einer Entziehung brauche es das Vertrauen der Therapeuten in die Süchtigen. Um Drogen in der Einrichtung zu verhindern, sei nach Aussagen mehrerer Zeugen ein »Überwachungsregime notwendig, was jegliche Therapie kaputt macht«, argumentierte er. Konkret müssten die Patienten dann bei der Rückkehr nach Ausgängen in allen Körperöffnungen auf Drogen untersucht werden. »Ob das so toll ist für die Patienten und den Erfolg der Therapie wage ich zu bezweifeln«, sagte der Vorsitzende Richter der zweiten Kammer.

Ganz anders sahen dies in den Plädoyers einige Verteidiger. Laut Werner Ruisinger habe es im BKH einen »Tante-Emma-Laden für Süchtige« gegeben. Sein Mandant S. etwa habe gleich zum Start der Therapie Spice angeboten bekommen. Insofern habe er gar keine Chance gehabt, die Therapie erfolgreich beenden zu können. Kollege Stefan Mittelbach verglich die Therapie in Lohr mit einem Alkoholkranken auf Entzug, dem man den Schlüssel zum Bierkeller gebe.

Johanna Mathäser vermutete als Verteidigerin von H. nach den hohen Strafanträgen von Staatsanwältin Kirsten Raab, dass der Rechtsstaat sich eventuell »etwas gekränkt« fühlt. Weil selbst in geschlossenen Bereichen wie Psychiatrien oder Gefängnissen »fröhlich« mit Drogen gehandelt werde. Dieses Problem sei offenbar nicht in den Griff zu bekommen. Raab hatte für Y. sieben Jahre und zwei Monate Haft gefordert, am Ende wurden es vier Jahre einschließlich Entziehungskur. »Es ist nicht verwerflicher wenn es in der JVA passiert oder im BKH«, stellte die Anwältin klar.

### DIE REAKTIONEN

Nicolas Frühsorger, Verteidiger von R. kündigte an, in Revision zu gehen. »Was wir nicht nachvollziehen können, ist die Strafhöhe und die Verweigerung des Maßregelvollzuges«, sagte er auf Anfrage. Er hatte schon in seinem Plädoyer die Forderung der Staatsanwältin nach einer Haftstrafe von zehn Jahren und zehn Monaten als zu hoch bewertet.

Die Anwälte von S. und der Mutter des Angeklagten Y. teilten auf Anfrage dagegen mit, auf Rechtsmittel zu verzichten. Die Anwältinnen von Y. und H. waren am Mittwoch nicht erreichbar. Die Staatsanwaltschaft Würzburg machte noch keine Angaben, ob sie Rechtsmittel gegen das Urteil einlegen wird.:

Mehr dazu unter:
**www.main-echo.de/drogen-bkh**

# Mehrheit der Fahrer erhielt teilweise Geld

**Ausstand:** Dokumente fehlen aber noch

Von dpa-Mitarbeiterin
**EVA KRAFCZYK**

**GRÄFENHAUSEN/WIESBADEN.** Die Mehrheit der seit mehr als drei Wochen auf der südhessischen Raststätte Gräfenhausen streikenden Fernfahrer hat mittlerweile von ihrem polnischen Arbeitgeber einen Teil des geforderten ausstehenden Lohnes erhalten. Allerdings seien die dazugehörigen Dokumente noch immer nicht beigefügt worden, sagte Verhandlungsführer Edwin Atema von der niederländischen Transportarbeitergewerkschaft am Mittwoch. Auch hätten die Fahrer nicht alle der geforderten Lohngelder bekommen. Anna Weirich vom Beratungsnetzwerk Faire Mobilität schätzte, dass insgesamt noch immer etwa ein Drittel der Summe fehlt.

### Noch ein Drittel fehlt

Ein russischsprachiger Arzt untersuchte am Mittwoch die Fahrer aus Georgien und Usbekistan, die in Deutschland keine Krankenversicherung haben. Viele von ihnen klagten über Rücken- und Schulterprobleme, erfuhr ein dpa-Reporter. Die meisten sind seit Monaten in ihren Lastwagen unterwegs und schlafen auch in den Kabinen. Seit Ende März sind sie auf der südhessischen Raststätte an der A5 im Ausstand. Nach Angaben der Fahrer haben sie seit Wochen, teilweise seit Monaten kein Geld erhalten. Der Fall hat inzwischen über die Grenzen Hessens hinaus Aufsehen erregt und wurde am Dienstag im Europaparlament in Straßburg diskutiert.

> » Die Einhaltung des Mindestlohnes muss überprüft werden. «
>
> **Elisabeth Kula,** Fraktionschefin Linke

### Zwei kleine Anfragen

Die Linke im hessischen Landtag hat unterdessen zwei kleine Anfragen zu rechtlichen Fragen und zu innenpolitischen Konsequenzen eingebracht, wie die Fraktionsvorsitzende Elisabeth Kula am Mittwoch berichtete. Darin geht es auch um den Versuch des polnischen Unternehmers, gemeinsam mit einem nach Gräfenhausen angereisten Sicherheitsunternehmen den Streik zu brechen. Zudem will die Linke von der Landesregierung Aufklärung über die Arbeitsbedingungen im Güterfernverkehr auf hessischen Straßen. Jetzt müsse sich »endlich der politische Wille durchsetzen, die Einhaltung des Mindestlohnes konsequent zu überprüfen sowie die Arbeitsbedingungen für Kraftfahrer europaweit zu verbessern und zu vereinheitlichen«, sagte Kula, die die streikenden Fahrer am Donnerstag besuchen will.

Der Anwalt des polnischen Speditionsunternehmers hoffte in einer Stellungnahme auf eine gütliche Lösung, »um diesen Protest so schnell wie möglich zu beenden und den normalen Betrieb des Unternehmens wiederherzustellen, wobei die Interessen der Fahrer berücksichtigt werden.«

### Verweis auf Kraftstoffpreise

Zu den Beschwerden über ausstehenden Lohn wurde auf Sparmaßnahmen aufgrund hoher Kraftstoffpreise und niedrigen Auftragsvolumens verwiesen, die angeblich mit den Fahrern abgesprochen worden seien. »Diese Sanierungsmaßnahmen waren und sind notwendig, um unsere Unternehmen zu retten. Wir gingen davon aus, dass unsere Fahrer die Maßnahmen kannten und mit diesem Programm einverstanden waren, um die Unternehmen auf dem Markt für Transportdienstleistungen zu halten. Zu unserer Überraschung war dies jedoch nicht der Fall«, hieß es in dem Schreiben.